

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke

Personal- und Prozessentlastung im Migrationsamt

Die hohe Anzahl von Einbürgerungsanträgen und die im Jahr 2024 bundesweit höchste Einbürgerungsquote im Land Bremen (laut [Statista](#) erlangte 2,96 Prozent der 2024 in Bremen lebenden ausländischen Bevölkerung im Folgejahr die deutsche Staatsbürgerschaft) belegen neben dem starken Zugehörigkeitsgefühl der Menschen mit Migrationsgeschichte die gelungene Bremer Integrationspolitik. Das Migrationsamt der Stadtgemeinde Bremen kämpft allerdings trotz enormer Einsatzbereitschaft der Beschäftigten mit massiven Rückständen bei Einbürgerungsverfahren. Die durchschnittliche Wartezeit zwischen Antragstellung und Aufnahme der vertieften Prüfung beträgt derzeit regulär bis zu 31 Monate. Zwar konnte die Zahl der Mitarbeitenden in der Einbürgerungsbehörde seit 2017 fast verdoppelt werden, in derselben Zeit vervierfachte sich allerdings die Anzahl der Anträge, und die Komplexität der Bearbeitung nahm durch neue gesetzliche Anforderungen zu. Die Verwaltungspraxis bedarf nun der Unterstützung, um der langen Wartezeit für die Betroffenen und der Überlastung der Einbürgerungsbehörde entgegenzuwirken.

Zur Verbesserung der Erledigungsquote im Bereich der Einbürgerungsverfahren sind kurzfristig wirksame Maßnahmen erforderlich: Ein Poolkrafteinsatz zur Entlastung der Fachkräfte, begleitet von Prozessoptimierung, Digitalisierung und gezieltem KI-Einsatz.

Ein befristeter Personalpool insbesondere für administrative und publikumsnahe Aufgaben wirkt unmittelbar entlastend für die Ebene der weitergehenden Bearbeitung und Entscheidung. Er liefert zugleich Erfahrungen für mögliche strukturelle Anpassungen. Beschäftigte des Migrationsamtes können durch den Einsatz von Poolkräften für einfache und standardisierte Tätigkeiten in einem Frontofficebereich nach kurzer Einarbeitung von Nebentätigkeiten so entlastet werden, dass Rückstände schneller abgebaut und Neuanträge perspektivisch in angemessener Frist erledigt werden können. Begleitend hierzu bedarf es einer Fortführung der Prozessoptimierung im Migrationsamt. Erste Schritte hierzu wurden mit dem Quick-Check auf der Homepage des Migrationsamtes bereits umgesetzt. Weiteres wie der Einsatz von KI-Komponenten an geeigneter Stelle muss nun folgen. Diese Kombination von gezielten Maßnahmen stabilisiert kurzfristig und modernisiert langfristig.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. zur Entlastung der Mitarbeitenden im Migrationsamt und Verbesserung der Erledigungsquote bei Einbürgerungsverfahren einen zeitlich befristeten Personalpool von zehn Vollzeitäquivalenten nach angemessener Einarbeitung im Frontofficebereich des Migrationsamtes für die Dauer von mindestens einem Jahr einzusetzen;

2. parallel zur personellen Unterstützung durch Poolkräfte die Optimierung und Digitalisierung der Prozessabläufe bei Einbürgerungsverfahren ebenso voranzutreiben wie den Einsatz von KI-Komponenten an geeigneten Stellen (z. B. automatisierte Dokumentenprüfung, Qualifikationserkennung), um die vertiefte Antragsprüfung durch Fachkräfte zu beschleunigen;
3. der städtischen Deputation für Inneres, der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration und dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss fortlaufend, erstmals sechs Monate nach Beschlussfassung, zur konkreten Entlastungswirkung des Poolkräfteeinsatzes, zur Entwicklung der Wartezeiten bis zur vertieften Prüfung, zum Fortschritt bei Digitalisierung und KI-Einsatz sowie zur Erledigungsquote und dem Bestand offener Verfahren zu berichten.

Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Cindi Tuncel, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE